

1961/AB XXII. GP

Eingelangt am 03.09.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für auswärtige Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Christine Lapp, Kolleginnen und Kollegen, haben am 9. Juli 2004 unter der Nummer 2005/J-NR/2004 eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Wien an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Während das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten grundsätzlich gesamtösterreichische Interessen zu vertreten hat, können gewisse außenpolitische Initiativen und Leistungen meines Ressorts im besonderen Interesse aller oder stärker im Interesse einzelner Bundesländer stehen. So habe ich am 6. Juni 2001 die Initiative der „Regionalen Partnerschaft“ ins Leben gerufen, die nicht nur Gesamtösterreich, sondern auch allen österreichischen Bundesländern und den an Österreich grenzenden, neuen EU-Mitgliedstaaten zugute kommt.

Mein Ressort tritt im Rahmen der EU konsequent für die Verankerung von Anliegen der Regionen und Länder und für die Einbindung der regionalen und kommunalen Ebene ein. Auch die vom Außenministerium wahrgenommene, zusammenfassende Betreuung der Angelegenheiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den

Gebietskörperschaften und den Nachbarstaaten ist für die Bundesländer von wesentlicher Relevanz und wird mit der Zielsetzung der Förderung von gutnachbarschaftlichen Beziehungen und stabilem Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten der Grenze als politische Priorität wahrgenommen.

Wichtige Leistungen des Außenministeriums, die insbesondere auch im Interesse des Bundeslandes Wien unternommen werden, sind Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Attraktivität Wiens als Amtssitz internationaler Organisationen und zur Ansiedlung zusätzlicher internationaler Organisationen und Einrichtungen.

Im Berichtszeitraum hat mein Ressort für den Amtssitz Wien durch Zurverfügungstellung von mietfreien Büros für internationale Organisationen, Förderung der Ansiedlung neuer Organisationen, Durchführung von Konferenzen in Wien und die Unterstützung von Botschaften aus Entwicklungsländern insgesamt Leistungen in Höhe von € 15.867.339,09 erbracht. Diese Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

Ausgaben 29.10.-31.12. 1999	€ 2.240.287,74
Ausgaben 2000	€ 4.676.777,99
Ausgaben 2001	€ 2.645.837,76
Ausgaben 2002	€ 2.545.500,17
Ausgaben 2003	€ 2.845.856,11
Ausgaben 1.1.-31.7.2004	€ 913.079,30
Summe	€ 15.867.339,07

Zusätzlich wurden im Berichtszeitraum noch folgende sonstige Leistungen für den Amtssitz Wien erbracht:

- ✓ 1999 - 2004: Leitung der Task Force für die Asbestentsorgung des Vienna International Centre (VIC) und Leitung der österreichischen Delegation bei den diesbezüglichen Verhandlungen mit den im VIC angesiedelten internationalen Organisationen (VBOs);

- ✓ 2000 - 2002: Leitung der Verhandlungen für eine Neuregelung des Gemeinsamen Reparaturfonds des VIC für die Jahre 2002 - 2006. Dies führte zur Änderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergieorganisation, der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und der Vorbereitenden Kommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen in deren Amtssitzen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. III Nr. 131/2003;
- ✓ 2002 - 2004: Verhandlungen mit den VBOs über den Bau eines weiteren, in das VIC zu integrierenden Konferenzzentrums, wodurch der Amtssitz Wien und Wien als Konferenzstadt eine wesentliche Stärkung erfahren wird (vgl. auch die entsprechende Änderung des Bundesgesetzes betreffend die Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien (IAKW-Finanzierungsgesetz), BGBl. Nr. 150/1972 idgF, durch BGBl. I Nr. 40/2004);
- ✓ 2003 - 2004: Leitung der Verhandlungen mit den VBOs unter Einbeziehung des BMI und des BMF sowie der Stadt Wien zur Verbesserung der Sicherheitssituation des VIC;
- ✓ 2002 - 2004: Verhandlungen mit der OSZE unter Einbeziehung des BMWA sowie der Stadt Wien über die Errichtung eines permanenten OSZE-Amtssitzes im Zentrum Wiens (Wallnerstraße 6 - 6a, der Baubeginn ist für Herbst 2004 geplant);
- ✓ 2002 - 2003: Verhandlungen mit der OPEC unter Einbeziehung der Stadt Wien über die Renovierung des OPEC-Amtssitzes und eine entsprechende Kostenteilung;
- ✓ 2000 - 2003: Renovierung der Konferenzfazilitäten der OSZE in der Hofburg.

Im Berichtszeitraum konnten folgende internationale Organisationen und Einrichtungen in Wien angesiedelt werden:

1. Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC), 1999, vgl. Amtssitzabkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, BGBl. III Nr. 84/2001

2. UNOPS - United Nations Office for Project Services, 2000
3. Migration and Asylum Initiative (MAI), 2001, im Rahmen des ICMPD
4. Zentrale Kontaktstelle des Haager Verhaltenskodex zur Verhinderung der Weiterverbreitung ballistischer Raketen (HCOC), 2002
5. Office of Internal Oversight Services (OIOS) der VN, 2003
6. Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP), 2003
7. European Space Policy Institute (ESPI) der European Space Agency (ESA), 2004

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum folgende neue Amtssitzabkommen mit internationalen Organisationen in Wien geschlossen bzw. bestehende Amtssitzabkommen oder -regelungen geändert:

- Vereinbarung über die Durchführungsmodalitäten zum Protokoll über die Vorrrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, BGBl. III Nr. 24/2000;
- Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Internationalen Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD) über den Amtssitz des Internationalen Zentrums für Migrationspolitikentwicklung, BGBl. III Nr. 145/2000;
- Änderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Organisation der erdölexportierenden Länder über den Amtssitz der Organisation der erdölexportierenden Länder, BGBl. III Nr. 99/2001;
- Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau über den Amtssitz der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau; BGBl. III Nr. 227/2001;
- Änderung des Bundesgesetzes über die Rechtsstellung von Einrichtungen der OSZE in Österreich, BGBl. I Nr. 157/2002.

Zur stärkeren Positionierung des Amtssitzes konnten auch öffentlichkeitswirksame und thematische Schwerpunkte gesetzt werden:

Der internationale Bekanntheitsgrad von Wien wurde durch die Verleihung eines „United Nations Vienna Civil Society Award“ gestärkt.

Die Ansiedlung des Haager Kodex gegen die Verbreitung ballistischer Raketen (115 Mitgliedstaaten) führte nicht nur zu einer intensiven Konferenztätigkeit dieser Einheiten in der Bundeshauptstadt, sondern stärkte Wien zusätzlich zu den Tätigkeiten von IAEA und CTBTO als internationales Zentrum der Non-Proliferation und Verifikation. Wiens zunehmende Bedeutung auf dem Gebiet der Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen hat auch UNO-Generalsekretär Annan im Juli dieses Jahres ausdrücklich hervorgehoben.

Im Bereich der Terrorismusbekämpfung konnte 2002 aufbauend auf einem freiwilligen Beitrag meines Ressorts in Höhe von USD 1 Million und mit dem von Österreich und dem UNODC organisierten Terrorismussymposium ein Prozess initiiert werden, der nach den Budgetverhandlungen in New York zu einer Stärkung der Terrorismusarbeit des UNODC in Wien führte.

Aber auch andere Themen konnten einem breiten internationalen Publikum präsentiert werden: Zum Weltwassertag 2002 und zum Weltwasserjahr 2003 wurden über die Koordinationstätigkeit des Außenministeriums und der Stadt Wien die Leistungen der Wiener Wasserversorgung vorgestellt.

Neben den Maßnahmen aus Amtssitzinteressen setzt mein Ressort eine Fülle weiterer umfangreicher Initiativen, die auch den Bundesländern - und dabei wieder insbesondere Wien - zugute kommen. So werden Auslandsreisen von RepräsentantInnen der österreichischen Bundesländer von den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland in direktem Kontakt oder im Wege des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten unterstützt.

Ebenso werden im Rahmen der bilateralen und multilateralen Tätigkeit des Außenministeriums wirtschaftliche Anliegen des Bundeslandes und/oder von Unternehmen mit Wien-Bezug, die vor allem im Export tätig sind, unterstützt. Eine Unterstützung erfolgt dabei in Form von aktiven Interventionen im jeweiligen Partnerland sowie im Rahmen meiner

Amtsgespräche, wobei in der Regel zwecks Nachverfolgung entsprechende Memoranda übergeben werden.

Darüber hinaus schließt mein Ressort auch Abkommen mit verschiedenen Ländern ab, die der Bewahrung oder Besserung von internationalen Rahmenbedingungen dienen. So verbessern Investitionsschutzabkommen und Doppelbesteuerungsabkommen die Geschäftsbedingungen für österreichische und damit in Wien ansässige Firmen wesentlich.

Als Serviceleistung erörtert das Außenministerium auch EU-Fachfragen mit VertreterInnen der Bundesländer. So führt die Europäische Kommission mit der Republik Österreich sogenannte "Paketsitzungen" über die Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch, die von meinem Ressort und dem Bundeskanzleramt gemeinsam organisiert werden. Ziel ist es, die Anwendung und Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in Österreich durch eine Aussprache zu fordern und zu beschleunigen. Gegenstand des Informationsaustausches sind sowohl neue Beschwerdefälle bzw. anhängige Vertragsverletzungsverfahren als auch die Transformation der einschlägigen Rechtsakte der Union in das österreichische Recht.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der Auslandskulturpolitik des Außenministeriums werden auch Initiativen einzelner Österreicherinnen und Österreicher gefördert. Bedingt durch die Konzentration des künstlerischen und wissenschaftlichen Schaffens in der Bundeshauptstadt entfallen rund 25% der jährlichen Förderungen und Aufwendungen im Bereich der Auslandskultur auf Wien. Für kulturelle Vorhaben wurden zugunsten des Bundeslandes Wien folgende Summen verwendet:

- für 639 Einzelprojekte und Veranstaltungen im Jahr 2000 ein Gesamtkostenumfang von Euro 1.558.105,07
- für 622 Einzelprojekte und Veranstaltungen im Jahr 2001 ein Gesamtkostenumfang von Euro 1.214.559,62
- für 629 Einzelprojekte und Veranstaltungen im Jahr 2002 ein Gesamtkostenumfang von Euro 1.359.945,64
- für 613 Einzelprojekte und Veranstaltungen im Jahr 2003 ein Gesamtkostenumfang von Euro 1.175.557,74

Die aufgewendeten Mittel für Förderungen und Veranstaltungen der Kulturpolitischen Sektion des Außenministeriums sowie der Kulturforen und Vertretungsbehörden im Ausland für das Bundesland Wien liegen wahrscheinlich jedoch wesentlich höher. Detaillierte Aussagen können aber nicht getroffen werden, da sich die Erfassung und Zuordnung von Ausgaben im Einzelfall nicht immer eindeutig auf ein Bundesland beziehen. Beispielsweise werden Leistungen und Aufwendungen, die für zwei oder mehrere Bundesländer getätigt werden, mit dem Hinweis „keinem Bundesland zuordenbar“ erfasst.

Aufgrund der Fülle der Aktivitäten meines Ressorts können nur einzelne Beispiele hervorgehoben werden. Viele Dienstleistungen und Tätigkeiten meines Ressorts, etwa hinsichtlich der konsularischen Hilfeleistungen für in Not geratene Staatsbürger, der protokollarischen Betreuung österreichischer Delegationen oder der finanziellen Unterstützung von Einzelpersonen oder Vereinen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, sind nicht länderspezifisch ausgerichtet, werden aber häufig auf direktes Ersuchen, in Zusammenarbeit oder in Abstimmung mit den Bundesländern, darunter auch Wien, erbracht.

Zu Frage 2:

Folgende Vorhaben sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt absehbar:

- Asbestsanierung des Vienna International Centre (VIC);
- Verhandlungen für eine Novelle zum Abkommen über den Gemeinsamen Reparaturfonds des VIC für die Jahre 2007 bis 2011;
- Bau einer weiteren Konferenzhalle im VIC zur Stärkung des Amtssitzes und Konferenzortes Wien;
- Verbesserung der Sicherheitssituation des VIC;
- Errichtung eines permanenten Amtssitzes für die OSZE in Wien 1, Wallnerstraße 6-6a;

- Kostenbeteiligung des Bundes und der Stadt Wien an der Renovierung des OPEC-Amtssitzes;
- Bemühungen um die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen und Einrichtungen in den Bereichen Abrüstung, Energie und Wirtschaft;
- Bemühungen um Abhaltung zusätzlicher Großkonferenzen in Wien, sobald mit der zweiten Konferenzhalle im VIC die Kapazitäten verfügbar sind;
- Abschluss eines Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL) über den Amtssitz der Bezirkskontrollzentrale des oberen Luftraums für die zentraleuropäischen Flugsicherungsdienste (CEATS) im Herbst 2004;
- Koordination der Veranstaltungen zum Jubiläum „25 Jahre Vienna International Centre“, inklusive der Organisation eines internationalen Symposiums am 18. Oktober 2004.